



NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

1/2020 | WWW.SP-D-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



Foto: SPD Niedersachsen

**LIEBE GENOSSINNEN,
LIEBE GENOSSEN,**
die Zeiten werden härter. Im neuen Jahr wird uns der Kampf gegen rechte Hetze und Gewalt noch notwendiger werden, dafür gibt es leider schon viele Beispiele. Das schlimmste ist die Wahl eines FDP-Abgeordneten in Thüringen mit Hilfe von CDU und AfD zum Ministerpräsidenten. Ein Vorgehen, das gar nicht hart genug kritisiert werden kann. In ihrer langen Geschichte ist die SPD immer kompromisslos gegen Rechts angegangen. Auf dieses Erbe können wir stolz sein. Es ist aber eine Verpflichtung, auch den Rechten in aller Klarheit entgegen zu treten. In Niedersachsen wollen wir dabei vorweg gehen!

Herzliche Grüße
Euer

Stephan Weil
Landesvorsitzender

MEHR BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR NIEDERSACHSEN!

SPD will neue Landeswohnungsbaugesellschaft schaffen



Foto: SPD Niedersachsen

Rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Landesvorstand der SPD Niedersachsen, der SPD-Landtagsfraktion und aus der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen der SPD-Bundestagsfraktion haben sich am 5. und 6. Februar in Springe über wichtige Themen des Jahres 2020 und über das Programm der Landes-SPD ausgetauscht. Zum Abschluss der Jahresauftaktklausur waren sich die Anwesenden einig, die Gründung einer neuen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft anzustreben. »Der Verkauf der NILEG, der Landeswohnungsbaugesellschaft, durch CDU und FDP im Jahr 2005 war ein großer Fehler. Die Folgen spüren Mieterinnen und Mieter sowie die betroffenen Kommunen bis heute«, erklärte Stephan Weil in Springe.

Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt merken Menschen mit kleinem Einkommen ebenso wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit mittlerem Gehalt, Familien, Rentnerinnen und Rentner oder Azubis und Studierende. Sie haben in vielen niedersächsischen Städten kaum eine Chance, bezahlbare Wohnungen zu finden. Um das zu ändern, hat die SPD-geführte Landesre-

gierung bereits 2019 zusätzlich 400 Millionen Euro für die Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt. Insgesamt stehen bis 2023 rund 1,7 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau in Niedersachsen zur Verfügung. Allerdings zeigt die Zahl der vorliegenden Anträge, dass die Baubranche trotz der Fördergelder die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau nicht ausreichend steigern

»
**Wir wollen den öffentlichen
Wohnungsbau durch die
Gründung einer – neuen und
unveräußerlichen – Landes-
wohnungsbaugesellschaft
stärken.«**

Stephan Weil
Vorsitzender SPD Niedersachsen

wird, sondern weiterhin auf hochpreisige Wohnungen mit größerer Gewinnmarge setzt. Zudem sind bezahlbare Wohnungen für viele Beschäftigte ein wichtiges Kriterium bei der Wahl des Arbeitsplatzes. Will der Industrie- und Dienstleistungsstandort Niedersachsen für Fachkräfte attraktiv bleiben, muss

verlässlich Wohnraum geschaffen werden. Eine Landeswohnungsbaugesellschaft ermöglicht es dem Land, selbst als Akteur beim Mietwohnungsbau aufzutreten und Menschen mit eigenen Wohnungen zu versorgen. Die Wohnungen bleiben dauerhaft im Eigentum der staatlichen bzw. kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und würden ihre Sozialbindung langfristig behalten. Durch die bezahlbaren Mieten bei den öffentlichen Wohnungen würde das Land die Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt entschärfen. Gleichzeitig würde durch die Landeswohnbaugesellschaft öffentliches Vermögen aufgebaut, da die Wohnungen der öffentlichen Hand gehören. Dass dieses Vorhaben noch in dieser Legislatur realisiert werden kann, ist eher unwahrscheinlich, da die CDU-Niedersachsen sich bislang verweigert. Dann würde die niedersächsische SPD die Frage einer aktiven Wohnungsbaupolitik zum Gegenstand des nächsten Landtagswahlkampfes machen. Häufig gestellte Fragen zu einer niedersächsischen Landeswohnungsbaugesellschaft haben wir hier beantwortet: www.spdnds.de/wohnraum-schaffen ■



Bernd Lange MdEP, Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament

Foto: © EP 2018

FAIR GEWINNT – AUCH IN NIEDERSACHSEN

Die belgische Stadt Gent ist seit dem Mittelalter als Handelsstadt bekannt. Vor zwei Jahren hat sie sich auch den Ruf als Stadt des fairen Handels erworben: 2018 hat Gent als erste Stadt den »EU Cities For Fair and Ethical Trade Award« der EU-Kommission gewonnen. Mithilfe dieses Preises soll die wichtige Rolle von Städten bei der Bereitstellung von Plattformen für den fairen und ethischen Handel hervorgehoben werden.

Nun geht der Preis in die zweite Runde. Seit dem 4. Februar und bis zum 12. Juni

2020 können sich europäische Städte mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern um die Auszeichnung bewerben. Während auf anderen Ebenen über das dringend notwendige Lieferkettengesetz diskutiert wird, gehen die europäischen Städte bereits tatkräftig voran. Das macht Mut! Als Leiter der Fair Trade Arbeitsgruppe im Europäischen Parlament würde es mich besonders freuen, wenn auch niedersächsische Städte diese Chance nutzen und sich bewerben würden. Zusammen mit weiteren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parla-

ment haben wir für die Schaffung dieser Auszeichnung gekämpft, weil wir davon überzeugt sind, dass fairer Handel vor Ort beginnt. So können lokale Fair Trade Gruppen in ihrer Arbeit praktisch unterstützt und auch die Kommunalpolitik auf das Potential von fairem Handel aufmerksam gemacht werden.

Bei Interesse könnt ihr euch jederzeit an mich wenden.

Weitere Informationen zum Award gibt es unter www.trade-city-award.eu. Mein Wunsch: Fair gewinnt – und Niedersachsen auch! ■

»HIER WURDEN GRENZEN ÜBERSCHRITTEN«

INTERVIEW mit Ulrich Mädge, Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg



Foto: Hansestadt Lüneburg

Ulrich Mädge, Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg, hat sich gegen Beleidigungen im Internet gewehrt – und vor Gericht Recht bekommen. Wir haben ihn nach seinen Erfahrungen gefragt.

vorwärts: Im letzten Jahr bist du Ziel von Beleidigungen und Bedrohungen geworden. Was war passiert?

Ulrich Mädge: Der Rat der Hansestadt Lüneburg hatte im August erneut entschieden, den Pachtvertrag für einen privaten Flugplatz in Lüneburg nicht zu verlängern. Diese Entscheidung war eigentlich bereits 2014 mit großer Mehrheit im Rat gefällt worden, doch im Herbst 2019 kam das Thema auf Antrag des privaten Luftsportvereins erneut auf die Tagesordnung. Es kam zur geheimen Abstimmung, bei der wieder eine Mehrheit gegen den Erhalt des Flugplatzes stimmte. Die Entscheidung wurde dann allerdings in den sozialen Medien vor allem mit meiner Person verknüpft. Ich wurde beschimpft und ein regelrechter Shitstorm ging auf mich nieder. Mails und Briefe landeten im Rathaus: »Wir wissen, wo du wohnst«, »Der gehört in den Müll«, hieß es da unter anderem.

vorwärts: Wie hast du auf die Beleidigungen reagiert und wie kam es zu der Entscheidung, zwei der Verfasser anzuzeigen?

Mädge: Das, was da bei Facebook und Co. zu lesen war, hat mich betroffen gemacht. Ich bin schon lange in diesem Amt und ich bin so manches gewohnt, aber hier wurden ganz deutlich Grenzen überschritten. Einer der Verfasser hat mich mit Adolf Hitler verglichen, ein anderer hat mich als »Sau« tituliert. Da dachte ich: Jetzt reicht es. Seit längerem ist zu beobachten, dass die Schwelle zur verbalen Gewalt sinkt – gerade im Netz. Zunehmend werden Politiker, aber auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung beleidigt und bedroht. Das dürfen wir nicht hinnehmen, sondern wir müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Deshalb habe ich veranlasst, dass die beiden Verfasser angezeigt werden. Und dank einer neuen Vorgehensweise verfolgen die Staatsanwaltschaften diese Vergehen nun auch konsequenter.

vorwärts: Die zwei Männer, die wegen Beleidigungen auf Facebook angezeigt

wurden, mussten schließlich hohe Geldstrafen zahlen. Ist das Urteil auch ein Signal für andere betroffene Politiker und politisch Aktive?

Mädge: Ja, natürlich. Das ist ein sehr wichtiges Signal. Es zeigt, dass wir uns nicht alles gefallen lassen müssen, dass es eben nicht erlaubt ist, alles öffentlich zu sagen, was man denkt. Und vor allem zeigt das Urteil, dass es lohnt, sich gegen solche Beleidigungen zur Wehr zu setzen. Im Niedersächsischen Städtetag diskutieren wir schon länger über Anfeindungen und Drohungen gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern. Insofern sehe ich in dem Urteil eine Ermutigung für ebenfalls betroffene Kolleginnen und Kollegen, gegen solche Hass-Postings vorzugehen. Soziale Netzwerke dürfen keine rechtsfreien Räume sein, in denen Personen anonym ihrem Hass und ihrer Wut freien Lauf lassen können. Menschen, die so etwas tun, müssen identifiziert und strafrechtlich belangt werden. Ich bin froh, dass die Politik hier endlich die Gesetze verschärfen will. Aber die Gesellschaft ist mindestens genauso gefragt. ■

TERMIN

MITGLIEDER-KONFERENZ AG 60 PLUS DES UNTERBEZIRKS REGION HANNOVER

SAMSTAG, 25. APRIL 2020
AB 11.00 UHR

Mensa der
Albert-Einstein-Schule
Wülferoder Straße 46
30880 Laatzen, OT Grasdorf

Aus organisatorischen Gründen und für die Zusendung von Materialien bitten wir um

ANMELDUNG unter:
region.hannover@spd.de
Telefon 0511 1674242 240

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
V.i.S.d.P.: Remmer Hein
Redaktion: Remmer Hein,
Axel Rienhoff, Friederike Stange
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover
E-Mail: vorwaerts@spdnds.de
Layout & Satz: Anette Gilke,
mail@AnetteGilke.de



ZWEITER FRAUENKONGRESS »GERECHTE TEILHABE« SAMSTAG, 7. MÄRZ 2020 | 10.00 – 14.30 UHR

LandesSportBund Niedersachsen, Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 10, 30169 Hannover

ANMELDUNG interessierter Frauen bis zum 1. März und **WEITERE INFOS** unter www.spdnds.de/fk2020